

II-1896 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 23. Okt. 1968

No. 933/Y

A n f r a g e

der Abgeordneten F r ü h b a u e r , U l b r i c h und Genossen  
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,  
betreffend gesetzliche Maßnahmen zu Gunsten der ÖBB.

.....

Bei voller Verwirklichung der von Ihnen, Herr Bundesminister, dokumentierten neoliberalistischen Wirtschaftsauffassung für die Verkehrspolitik in Österreich müßten die Österreichischen Bundesbahnen als ein von ihrem Eigentümer bewußt nicht auf den letzten Stand der technischen Möglichkeiten gebrachtes Unternehmen, eingeeengt durch gesetzliche Schranken, in einen Wettbewerb mit dem Verkehrsträger "Straße" eintreten, dessen Ausgang von vornherein zu ungunsten der Eisenbahn feststeht.

Da die Voraussetzungen für einen freien Wettbewerb auch unter anderem den freien Zugang zu jeder Art des Verkehrs unter Anwendung der jeweils günstigsten ökonomischen Beförderungsform bedingt, die gegenwärtige Gesetzeslage für die ÖBB aber keinesfalls eine solche Freizügigkeit in der Anwendung der Verkehrsmittel ermöglichen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, der die Interessen des Bundes als Eigentümers der ÖBB zu wahren hat, folgende

A n f r a g e n :

- 2 -

- 1) Werden Sie umgehend einen Gesetzentwurf für eine Novellierung des § 18 bzw. § 29 des Eisenbahngesetzes 1957 ausarbeiten lassen, damit künftig die Eisenbahnunternehmen bei Einstellung eines unrentablen Schienenverkehrs diesen jederzeit durch einen Kraftwagenverkehr ersetzen können, wie dies auch im Professorenbericht vorgesehen ist?
- 2) Werden Sie für eine Novellierung des § 4 des Güterbeförderungsgesetzes durch Aufnahme einer Bestimmung eintreten, nach der die Eisenbahnen berechtigt sind, ihr Leistungsangebot in der Güterbeförderung, der heutigen Zeit entsprechend, auf die Haus-Haus-Bedienung auszuweiten?

.-.-.-.-.-.